

Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in der [PDF](#).

Frage 7: Kita-Plätze schaffen

Geflüchtete Kinder und Jugendliche in den Kommunen haben sofortigen Anspruch auf einen regulären Kita- bzw. Schulplatz. Für die Bereitstellung entsprechender Plätze sind die Städte und Gemeinden verantwortlich. Das Problem: Es gibt zu wenig Kita-Plätze.

- Was wollen Sie tun, um dieses Problem zu lösen?
- Wie wollen Sie eine niedrigschwellige Anmeldepraxis aufbauen, so dass auch Kinder mit Fluchtgeschichte zeitnah einen möglichst wohnortnahen Kitaplatz bekommen?
- Welche Maßnahmen planen Sie, um die von der Regierung geplante Sprachförderung in den Kitas sicherzustellen?

	Berivan Aymaz – Die GRÜNEN a) Jedes Kind hat ein Recht auf einen Betreuungsplatz. Gerade für geflüchtete Kinder erleichtert der Besuch der Kita das Ankommen und das Erlernen der neuen Sprache. Doch es fehlen immer noch viele Kita-Plätze. Gerade in Stadtteilen mit einem hohen Sozialindex ist die Betreuungsquote noch lange nicht bei 100 %. Wir werden einen konsequenten quantitativen und qualitativen Ausbau der Kita-Plätze vorantreiben, um allen Kindern einen Betreuungsplatz zu gewährleisten. Neben der Schaffung neuer Kita-Plätze müssen wir auch auf das Angebot mehrsprachig aufmerksam machen. Zudem müssen wir neues, qualifiziertes Personal finden. Dazu brauchen wir attraktive Arbeitsbedingungen, Weiterbildungsmöglichkeiten vom Kinderpfleger zum Erzieher und die Möglichkeit des qualifizierten Quereinstiegs. b) Geflüchtete Kinder sollen schnell und ohne unnötige Hürden einen Kitaplatz erhalten. Dazu setzen wir auf eine vereinfachte, mehrsprachige Anmeldepraxis, eine enge Kooperation mit Willkommens- und Beratungsstellen sowie die Unterstützung der Familien beim Ausfüllen digitaler oder schriftlicher Anträge. Darüber hinaus fordern wir eine priorisierte Platzvergabe für Kinder mit besonderem Förderbedarf und arbeiten daran, zusätzliche Plätze zu schaffen – durch Ausbau, Übergangslösungen und die Stärkung freier Träger im ganzen Stadtgebiet. c) Damit die geplante Sprachförderung in Kitas umgesetzt werden kann, sind ausreichend qualifiziertes Personal und eine verlässliche Finanzierung notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt zusätzliche Sprachförderkräfte einstellt, Fachkräfte gezielt weiterqualifiziert und Kitas mit hohem Förderbedarf mehr Ressourcen erhalten. Gleichzeitig drängen wir auf Landes- und Bundesebene darauf, die Mittel für Sprachförderprogramme dauerhaft zu sichern: damit Sprache von Anfang an ein Türöffner zur Teilhabe ist.
	Markus Greitemann – CDU: a) Um dem Mangel an Kita-Plätzen wirksam zu begegnen, verfolgt die CDU einen mehrgleisigen Ansatz. Zentrale Maßnahmen sind der zügige Ausbau neuer Betreuungsplätze durch Neubauprojekte sowie die Erweiterung bestehender Einrichtungen, insbesondere in Stadtteilen mit besonders hohem Bedarf. Dabei setzt die CDU auf modulare Bauweisen, die eine kurzfristige Schaffung zusätzlicher Plätze ermöglichen. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit freien Trägern und privaten Initiativen intensiviert, um das Betreuungsangebot bedarfsgerecht zu erweitern. Zudem sollen vorhandene Kapazitäten besser genutzt werden, etwa durch flexible Öffnungszeiten und Schichtmodelle, die eine höhere Auslastung der Einrichtungen ermöglichen und so mehr Kindern eine Betreuung bieten. Dieser integrierte Ansatz zielt darauf ab, Versorgungslücken schnell zu schließen. b) Zur Sicherstellung eines zeitnahen und wohnortnahen Zugangs zu Kitaplätzen für Kinder mit Fluchtgeschichte setzt die CDU auf Anlaufstellen mit mehrsprachigem Personal in Jugendämtern und sozialen Einrichtungen, die Familien individuell und kultursensibel bei der Anmeldung unterstützen. Eine enge Koordination zwischen Kommunalverwaltung, Kitas und Sozialarbeitern gewährleistet eine bedarfsgerechte Vermittlung der verfügbaren Plätze. Ergänzend setzen wir auf zielgerichtete Informationskampagnen in



	mehreren Sprachen, um Familien frühzeitig über ihre Rechte und die bestehenden Betreuungsangebote zu informieren und somit den Zugang zu erleichtern. c) Wir investieren in moderne Schulen, stärken die Bildungsgerechtigkeit durch Ganztagsangebote und wollen Sprachförderung ausbauen. Insbesondere in den Kitas wollen wir die Sprachförderung stärken, unabhängig von der familiären Herkunftssprache. Jedes Kind soll bei der Einschulung die deutsche Sprache ausreichend beherrschen, um erfolgreich lernen zu können. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau des Sprachkita-Angebots und ein verpflichtendes Vorschuljahr ein, um dieses Ziel für alle Kinder zu erreichen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Programm der Sprach-Kitas auszubauen, denn sie sind für uns ein Ort der Wertebildung.
	Heiner Kockerbeck – Die Linke: a., b., c.: Wir unterstützen die Forderungen des DGB Köln, das Kölner Kita-System aufzuwerten und zu stärken. Wir brauchen mehr Personal und eine gute Ausbildung. Wir brauchen ein Konzept für eine berufsbegleitende Fortbildung von Kinderpfleger:innen zur Fachkraft.
	Volker Görzel – FDP: a) Wir brauchen dringend mehr Kita-Plätze – nicht nur für Kinder aus Köln, sondern auch für Kinder mit Fluchtgeschichte. Unser Ziel ist ein massiver Ausbau der Betreuungsangebote: schnellere Bauverfahren, bessere Förderung von freien Trägern und mehr Flexibilität bei Zwischenlösungen wie Modulbauten. Nur wenn genügend Plätze da sind, haben alle Kinder echte Chancen auf frühe Bildung. b) Es ist insgesamt wünschenswert, dass das Anmeldeverfahren einfacher, digitaler und transparenter wird – für alle Familien mit Wunsch nach einem Kita-Platz. Das gilt übrigens auch für Schulplatzanmeldungen. c) Sprache entscheidet über Bildungschancen – deshalb unterstützen wir die geplante Sprachförderung ausdrücklich. Wir setzen uns dafür ein, dass Sprachförderung fester Bestandteil des Kita-Alltags wird und nicht an mangelnden Ressourcen scheitert. So stellen wir sicher, dass alle Kinder – egal ob mit oder ohne Fluchtgeschichte – bestmögliche Startbedingungen erhalten.
	Inga Feuser – Gut & Klimafreunde: a) Ausbau der Kita-Plätze GUT & KLIMA FREUNDE machen sich für den Ausbau von Kita-Plätzen stark. Wir fordern schnelle, unbürokratische Verfahren und eine soziale Bedarfsplanung. b) Niedrigschwellige Anmeldung Ein einfaches, digitales und analoges Anmeldeverfahren mit Lotsenstrukturen ist unser Ziel, damit Flüchtlingskinder früh Zugang zu Kita-Plätzen erhalten. c) Sprachförderung sichern Wir unterstützen zusätzliche Sprachförderkräfte in Kitas und wollen Landesmittel dafür einfordern bzw. durch kommunale Initiativen kompensieren.
	Torsten Burmester – SPD: Frühe Bildung und Betreuung sind entscheidend für Integration und Chancengleichheit. Wir werden den Kita-Ausbau massiv beschleunigen – durch zusätzliche Investitionen, schnellere Genehmigungen und die Priorisierung in neuen Wohnquartieren. Die Gewinnung und Qualifizierung von Erzieher*innen ist zentral, deshalb setzen wir auf Ausbildungsoffensiven, bessere Bezahlung und attraktivere Arbeitsbedingungen. Flexible Betreuungszeiten sollen Familien mit Schicht- oder Wochenendarbeit entlasten.



	Lars Wolfram – Volt: a) Volt Köln setzt auf datenbasierte Planung, um den Bedarf frühzeitig zu erkennen – durch Auswertung von Geburtenzahlen und Anmeldedaten lässt sich Prognose-getrieben vorausschauender handeln und Engpässe vermeiden. Zusätzlich unterstützen wir den modularen Kitabau (analog zum Berliner MoKiB-Modell), fördern Kapazitätsoptimierung in bestehenden Einrichtungen über Prämien und setzen auf eine spezialisierte Task-Force zur Priorisierung dringender Fälle. Parallel stärken wir Quereinstiegsprogramme zur gezielten Fachkräftegewinnung. So soll eine schnelle, flexible und nachhaltige Erweiterung der Kapazitäten möglich werden. b) Volt Köln will ein transparentes, digitales und mehrsprachiges Anmeldesystem etablieren, in dem besonders dringliche Fälle priorisiert werden können. Zusammen mit datenbasierter Steuerung schafft dies eine inklusive, barrierearme Anmeldung, die auch geflüchtete Familien dabei unterstützt, zu wohnortnaher Betreuung. c) Volt fordert flächendeckende, bedarfsgerechte Sprachförderung in allen Kitas. Die digitale und datengetriebene Herangehensweise erlaubt auch hierbei eine gezielte Ressourcenverteilung nach tatsächlichem Bedarf. Zudem unterstützen wir innovative Konzepte wie die <i>Kleingarten-Kita</i>, die nicht nur Betreuungsplätze schafft, sondern auch naturnahe Lernumgebungen fördert.
	Hans Mörtter – parteilos: a) Der Kita-Ausbau hat absolute Priorität. Ich werde den Bau neuer Einrichtungen beschleunigen, Kooperationen mit freien Trägern ausbauen und auch leerstehende Räume kreativ nutzen. b) Die Anmeldung zu Kita-Plätzen muss niedrigschwellig, digital und unbürokratisch sein. Niemand darf durch komplizierte Verfahren ausgeschlossen werden. c) Sprachförderung in Kitas ist unverzichtbar. Sie muss verbindlich und dauerhaft finanziert werden – nicht als Sparposten.
	Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft: a/b/c Sanierung, Neubau und Umbau von Kitas haben Priorität. Anmeldeverfahren werden digitalisiert und vereinfacht, Plätze durch flexible Modelle und Kooperationen mit Trägern erweitert. Sprachförderung soll in Kitas mittels personeller und konzeptioneller Stärkung garantiert werden (Verwebung von Bildung, Betreuung und Integration).
	Heike Herden – Partei des Fortschritts: 7 a) Familien brauchen schnell verlässliche Betreuung. Ein Sofortprogramm mit Übergangslösungen, schnelleren Genehmigungen und aktiver Personalgewinnung schafft spürbare Entlastung. So entsteht Luft zum Durchatmen. 7 b) Anmeldung darf nicht zur Hürde werden. Eine einfache, mehrsprachige Beratung mit Kita Lotsen und Vergabe möglichst wohnortnah nimmt Druck aus der Suche. 7 c) Früh sprachlich gefördert zu werden, stärkt Kinder fürs Leben. Gute Konzepte brauchen verlässliche Finanzierung und Fortbildungen, damit Qualität überall ankommt. Das ist eine Investition in Chancengerechtigkeit.

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in einer [PDF](#) (38 Seiten)

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es unter den folgenden Links



[Frage 1](#): Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2](#): Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3](#): Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4](#): Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5](#): Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6](#): Spracherwerb fördern

[Frage 7](#): Kita-Plätze schaffen

[Frage 8](#): Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9](#): Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10](#): Kirchenasyl schützen

[Frage 11](#): Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12](#): Freiwilliges Engagement fördern

